



www.laender-analysen.de/ukraine

**SPRACHENPOLITIK
TEXTILINDUSTRIE
DER DONBASS-KONFLIKT**

■ KOMMENTAR			
Sprachenpolitik in der Ukraine	2	Bereitschaft der Ukrainer, das Land	17
Von Gerhard Simon, Köln		mit Waffen zu verteidigen	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		■ DOKUMENTATION	
Aktuelle Umfragen zu Sprache und Nationalität	4	Zu den Ereignissen in den »Volksrepubliken«	18
■ UMFRAGE		der Ostukraine: Zentralisierung der Macht	
Selbstwahrnehmung und politische Präferenzen		in der »DNR« und Putsch in der »LNR«	18
der ukrainischen Bevölkerung nach		»Exporte« von Weizen aus den »Volksrepubliken«	
Sprachgebrauch und Nationalität	6	nach Russland laut Berichten der	21
		OSZE-Beobachtermission	
■ KOMMENTAR		UN warnt vor möglicher Freisetzung des	22
Sweatshops am Rande Europas: Wie	9	gefährlichen Chlorgases wegen Beschluss der	
Markenkleidung in der Ukraine genäht wird		Wasserfilterstationen in der Region Donezk	
Von Oksana Dutschak, Kiew		■ CHRONIK	
■ STATISTIK		13. – 26. November 2017	23
Kernzahlen für die Textilindustrie der Ukraine	11		
Aktuelle Sozialdaten	14		
■ UMFRAGE			
Die ukrainische Bevölkerung zur Lösung des			
Donbass-Konflikts und zum möglichen Einsatz			
von UN-Friedenstruppen	16		

Sprachenpolitik in der Ukraine

Von Gerhard Simon, Köln

Dieser Text erschien zuerst auf »Ukraine verstehen«. Die Website ist Teil des Ukraineprogramms des Zentrum Liberale Moderne und bietet Berichte, Analysen und Kommentare über die Entwicklungen im Land. Das Projekt wird gefördert von der International Renaissance Foundation.

Wir danken dem Zentrum Liberale Moderne und Prof. Dr. Gerhard Simon für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Zusammenfassung:

Seit jeher ist die Ukraine ein zweisprachiges Land. War Russisch lange Zeit vorherrschend, wandelte sich das seit der Unabhängigkeit zugunsten des Ukrainischen. Welches Konfliktpotential steckt in der Sprachenpolitik?

Einleitung

Die Ukraine ist ein zweisprachiges Land und steht damit in Europa keineswegs allein. Allerdings hat das zumeist entspannte, manchmal aber auch konfliktgeladene Nebeneinander der ukrainischen und russischen Sprache seine Besonderheiten, die in dieser Form nirgendwo in Europa eine Parallele finden. Bekanntlich ist die Ukraine ein Nachzügler auf der europäischen Bühne. Jahrhundertlang ohne eigene Staatlichkeit, haben die Ukrainer ihre Identität wesentlich im Medium der ukrainischen Sprache bewahrt. Es war deshalb folgerichtig, dass die neue Ukraine nach 1991 in ihrer Verfassung die ukrainische Sprache zur alleinigen Staatssprache erklärte. Allerdings bedeutete dies keineswegs die Ausschaltung des Russischen, ja man kann sagen, die Erklärung des Ukrainischen zur Staatssprache war vor einem Vierteljahrhundert eher ein Wechsel auf die Zukunft als eine lebensweltliche Realität.

Die Wirklichkeit ist vielmehr durch eine weitverbreitete Zweisprachigkeit von Millionen Ukrainern bestimmt, die in Europa ihresgleichen sucht. Allerdings ist diese Zweisprachigkeit im Land höchst unterschiedlich verteilt: Im Westen des Landes ist die erste dieser zwei Sprachen das Ukrainische und im Osten das Russische, wobei es keine scharf markierte Grenze gibt. Die in der geographischen Mitte gelegene Hauptstadt Kiew ist in gewissem Sinn das Herz dieser Zweisprachigkeit: Man spricht (noch) überwiegend wie der Osten, orientiert sich aber politisch wie der Westen. Auf dem Euro-Majdan in Kiew 2013/14 wurde hauptsächlich Russisch gesprochen, aber das Ziel war die Westintegration der Ukraine.

Zwei grundsätzliche Momente sind zu bedenken: Erstens, die weit verbreitete Bilingualität vermindert das Konfliktpotential, und zweitens, die ukrainische Sprache drängt seit der Unabhängigkeit in vielen Bereichen nach vorn. Die Ukraine wird dennoch ein zweisprachiges Land bleiben.

Der historische Hintergrund

Wie ist die Zweisprachigkeit entstanden? Sie ist in vieler Hinsicht der historischen Entwicklung geschuldet. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war die ukrainische Sprache im Zarenreich im öffentlichen Raum verboten. Es gab vor 1905 keine einzige Schule mit ukrainischer Unterrichtssprache und keine Kirchengemeinde, in der Ukrainisch gepredigt wurde. Der Druck ukrainischer Bücher war verboten. Der russische Imperialismus behauptete (und behauptet dies bis heute), die Ukrainer seien kein eigenständiges Volk, sondern ein Teil der großrussischen Nation. Das alles galt nicht für die westlichen, bis 1918 zu Österreich-Ungarn gehörenden Territorien der Ukraine, wo die muttersprachliche Kultur und Wissenschaft im Gegenteil einen großen Aufschwung nahmen.

Die Entfaltung der ukrainischen Nationsbildung im Zarenreich wurde zusätzlich durch die Industrialisierung gebremst, die im Osten der Ukraine ihren Schwerpunkt hatte. Im Zuge der Industrialisierung wanderten Hunderttausende Russen und Russischsprachige in die neuen Industriezentren ein. Der ersten Industrialisierungswelle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts folgte eine zweite in sowjetischer Zeit. Bis heute sind deshalb die Städte insbesondere im Osten und Süden der Ukraine russisch geprägt, das Umland aber spricht ukrainisch. Die Ukrainer waren bis weit ins 20. Jahrhundert hinein im Wesentlichen eine bäuerliche Bevölkerung.

Die sowjetische Sprachen- und Nationalitätenpolitik forcierte – nach einer kurzen pro-ukrainischen Phase in den 1920er Jahren – die russische Sprache und Kultur und reduzierte das Ukrainische in der Tendenz auf die Funktion einer dörflichen Umgangssprache. Deshalb war die Ukraine am Ende der Sowjetzeit in hohem Maß sprachlich russifiziert. In vielen Bereichen wie den Hochschulen, in den Medien oder der Wirtschaft dominierte das Russische. Es gab – außer im Westen des Lan-

des – Millionen von Ukrainern, für die das Russische zur Erstsprache geworden war.

Der aktuelle Hintergrund

Vieles hat sich seit der Unabhängigkeit geändert. Das Prestige des Ukrainischen hat deutlich zugenommen. In vielen Bereichen, wie in der Politik auf der gesamtstaatlichen Ebene, in der Belletristik oder im Hochschulwesen dominiert heute das Ukrainische. In anderen Bereichen, wie in den Printmedien oder der Unterhaltungsindustrie, ist nach wie vor das Russische vorherrschend.

92% der Bürger bezeichnen sich laut einer neuen Umfrage des Rasumkow-Zentrums als Ukrainer, 6% als Russen (s. Grafik 1 auf S. 4). Das ist eine deutliche Verschiebung seit der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989, als sich 72% als Ukrainer und 22% als Russen deklarierten. Die stark russisch geprägten, jetzt besetzten Territorien des östlichen Donbas und der Krim werden allerdings in den Umfragen seit 2014 nicht mehr erfasst. Das Sprachverhalten hat mit der nationalen (Neu)Identifizierung nicht Schritt gehalten. 68% der Ukrainer geben jetzt Ukrainisch als ihre Muttersprache an, 14% das Russische (s. Grafik 2 auf S. 4). Nach der gleichen Umfrage erklären 55%, zu Hause überwiegend Ukrainisch zu sprechen, 23% überwiegend Russisch (s. Grafik 4 auf S. 5). Diese Zahlen zeigen: Viele Ukrainer, insbesondere im Osten und Süden des Landes sprechen Russisch, identifizieren sich aber als Ukrainer. Eine Diskriminierung der russischen Sprache ist eine Erfindung der russischen Propaganda.

Der ins vierte Jahr gehende Krieg hat aber auch an der Sprachenfront Spuren hinterlassen: Die Politik fördert jetzt in bestimmten Bereichen aktiv die ukrainische Sprache. Das wird von der Mehrheit der Menschen unterstützt. Manche russischen sozialen Netzwerke wurden in der Ukraine abgeschaltet, weil sie von russischen Sicherheitsdiensten genutzt wurden, auch um kriegsrelevante Daten abzufischen. Ebenso wurden manche russischsprachige Bücher sowie Radio- und Fernsehsendungen wegen antiukrainischer Propaganda verboten. Der Import russischer Bücher ist seit 2017 generell erschwert. Dadurch soll nicht zuletzt die ukrainische Buchproduktion stimuliert werden, die bislang im Schatten russi-

scher Bücher stand, die wegen hoher Auflagen billiger angeboten werden. Schließlich verabschiedete das Parlament 2017 ein Gesetz, das die elektronischen Massenmedien, die landesweit senden, verpflichtet, 75% der Zeit in ukrainischer Sprache auszustrahlen. Für die regionalen Radio- und Fernsehstationen gilt eine Quote von 50%.

Ein wichtiges Medium der Ukrainisierung ist seit vielen Jahren das Schul- und Vorschulwesen. Heute besuchen fast 90% der Schüler Schulen mit ukrainischer Unterrichtssprache. Dieser Anteil ist höher als der Anteil der Ukrainer an der Bevölkerung, entspricht aber in etwa dem Anteil der Bürger, die sich als Ukrainer identifizieren (siehe oben), sich also der ukrainischen politischen Nation zurechnen. 9% der Schüler lernen an Schulen mit russischer Unterrichtssprache; zudem haben 25% der Schüler Russisch als obligatorisches Unterrichtsfach (Ukraine-Analysen 189, S. 10–14).

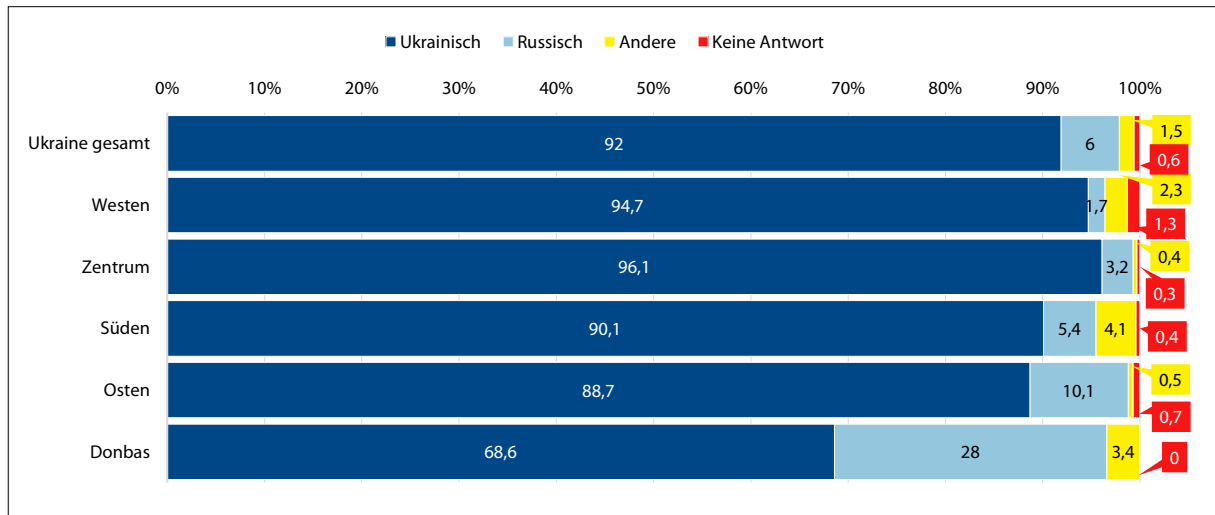
Das neue Bildungsgesetz vom September 2017 hat zu einem internationalen Streit über Schulsprachen geführt. Das Gesetz sieht eine Intensivierung des Ukrainischunterrichts in den Minderheitenschulen des Landes vor. Dagegen hat insbesondere die ungarische Regierung lautstarken Protest auf internationaler Bühne bis in die Nato hinein erhoben. Der Vorwurf lautet: Das neue Gesetz führe zur Schließung der ungarnsprachigen Minderheitenschulen in Transkarpatien. Hier leben 150.000 Ungarn, die 12% der Bevölkerung Transkarpatiens ausmachen. Die ukrainische Regierung weist die Vorwürfe zurück und betont, am Fortbestand der ungarnsprachigen wie auch der Bildungseinrichtungen der anderen Minderheiten werde nicht gerüttelt. Allerdings werde man den Ukrainischunterricht an allen Minderheitenschulen intensivieren, weil die Schulabsolventen derzeit erhebliche Mängel im Ukrainischen aufwiesen und deshalb auf dem Arbeitsmarkt und in den Hochschulen nicht konkurrenzfähig seien. Dieser Streit zeigt, wie rasch die Sprachenfrage sich politisch instrumentalisieren lässt. Hier lauert stets Konfliktpotential. Darüber darf aber nicht in Vergessenheit geraten, dass die allgegenwärtige ukrainisch-russische Zweisprachigkeit im Alltag in aller Regel erstaunlich reibungslos funktioniert.

Über den Autor:

Prof. Dr. Gerhard Simon ist Historiker. Er war Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an den Universitäten Köln und Bonn.

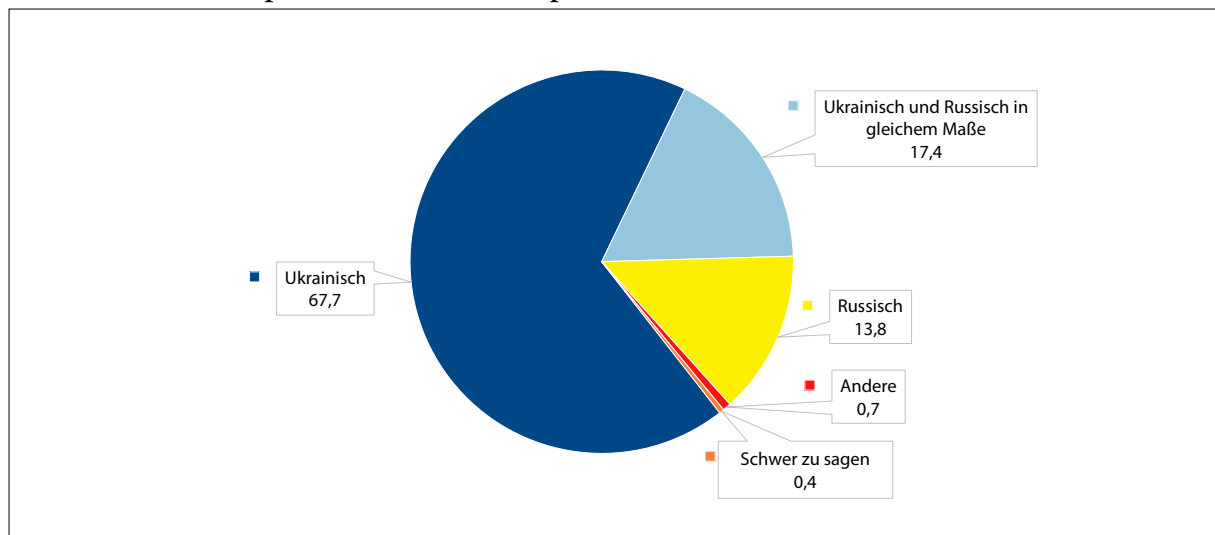
Aktuelle Umfragen zu Sprache und Nationalität

Grafik 1: Welche Nationalität haben Sie?

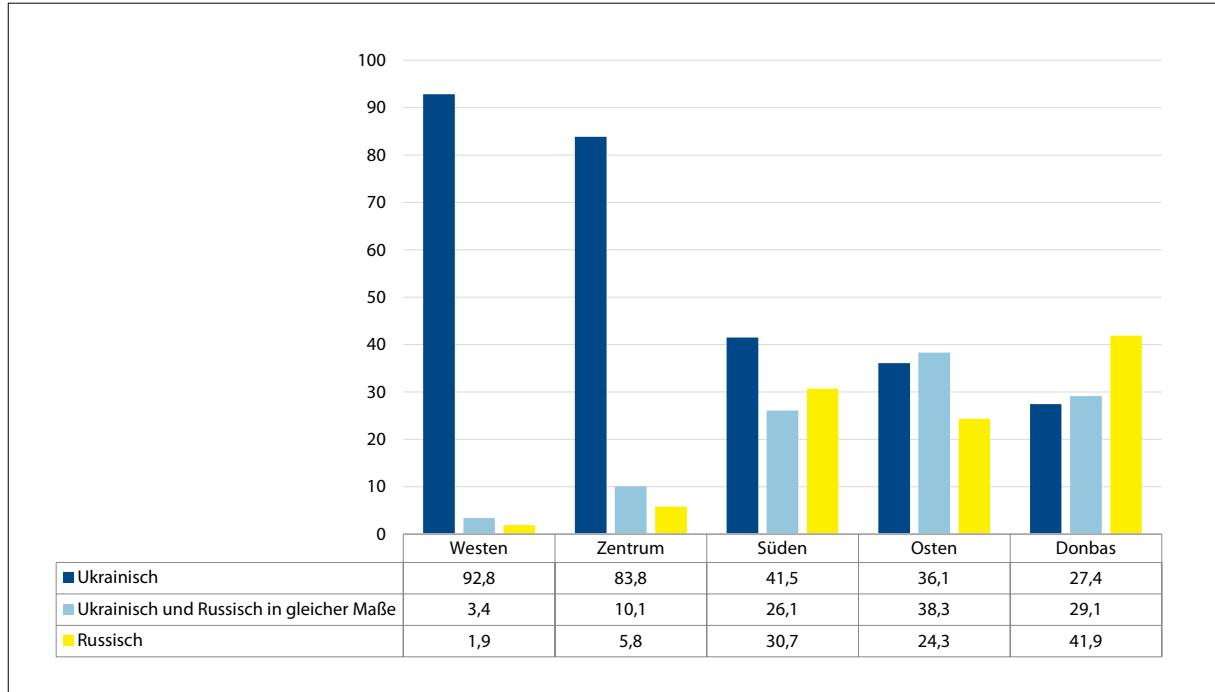


Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 3. bis 9. März 2017, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

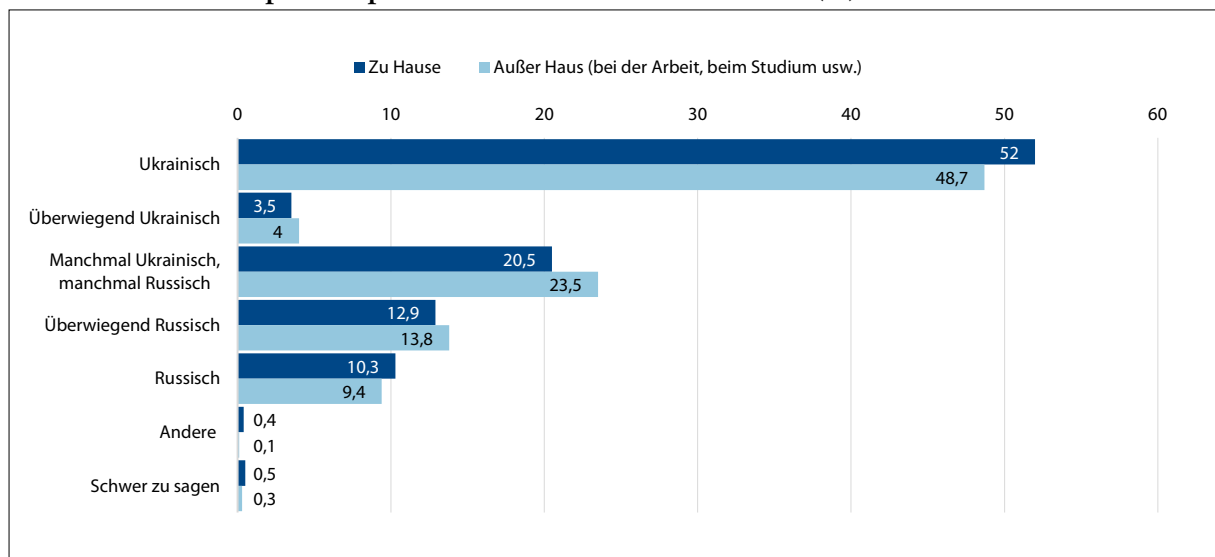
Grafik 2: Welche Sprache ist Ihre Muttersprache?



Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 3. bis 9. März 2017, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

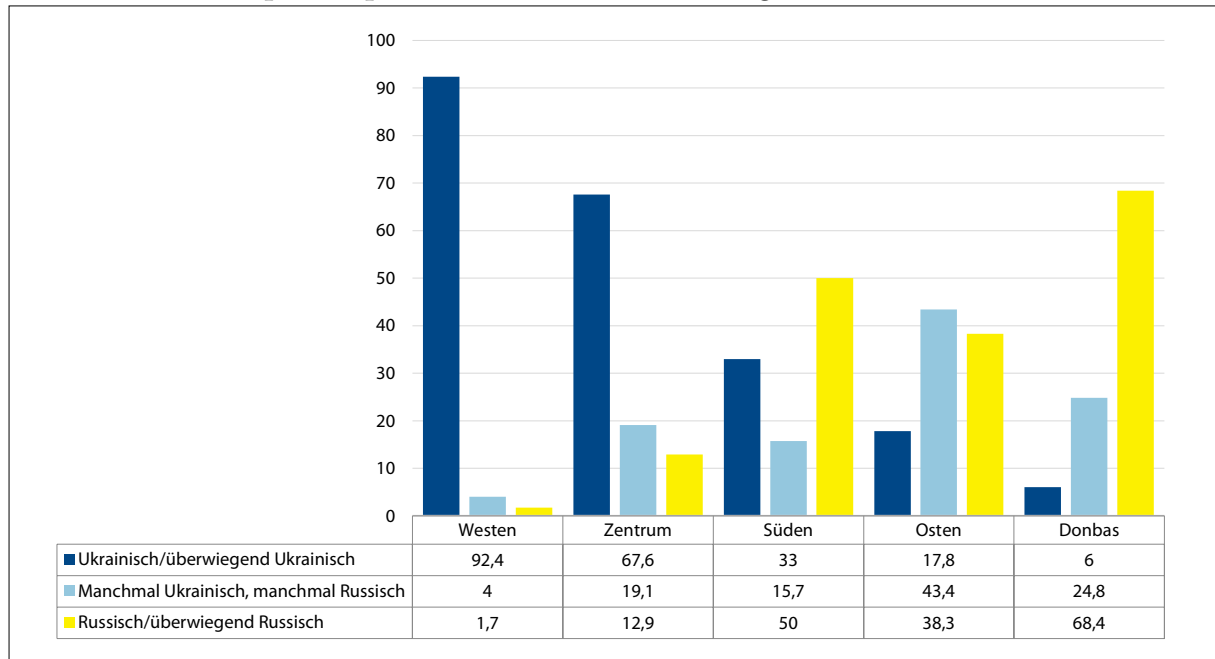
Grafik 3: Welche Sprache ist Ihre Muttersprache? (nach Regionen)

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 3. bis 9. März 2017, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

Grafik 4: Welche Sprache sprechen Sie zu Hause/außer Haus? (%)

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 3. bis 9. März 2017, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

Grafik 5: Welche Sprache sprechen Sie zu Hause? (nach Regionen)

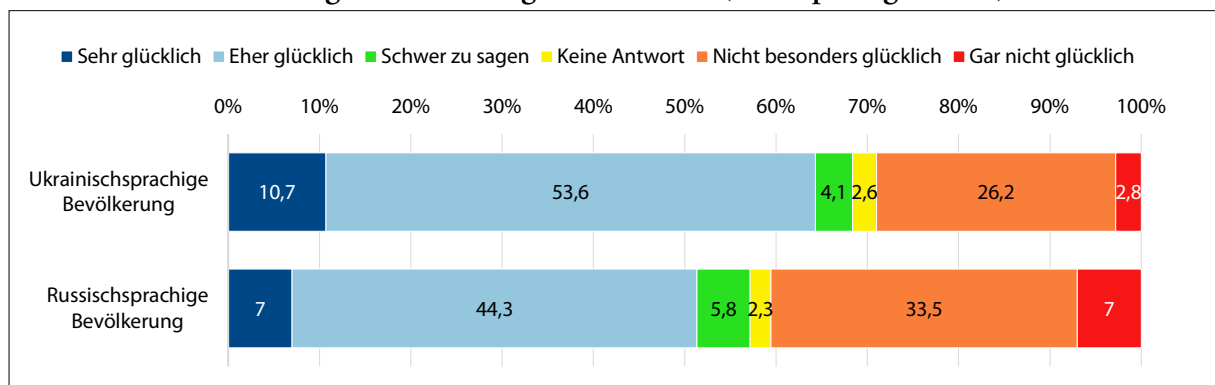


Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 3. bis 9. März 2017, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

UMFRAGE

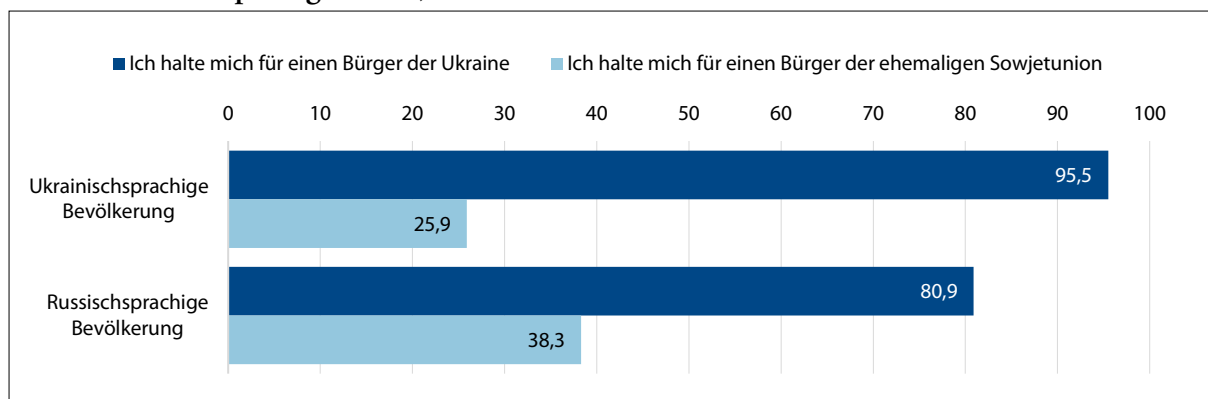
Selbstwahrnehmung und politische Präferenzen der ukrainischen Bevölkerung nach Sprachgebrauch und Nationalität

Grafik 1: Können Sie sagen, dass Sie insgesamt ... sind? (nach Sprachgebrauch)



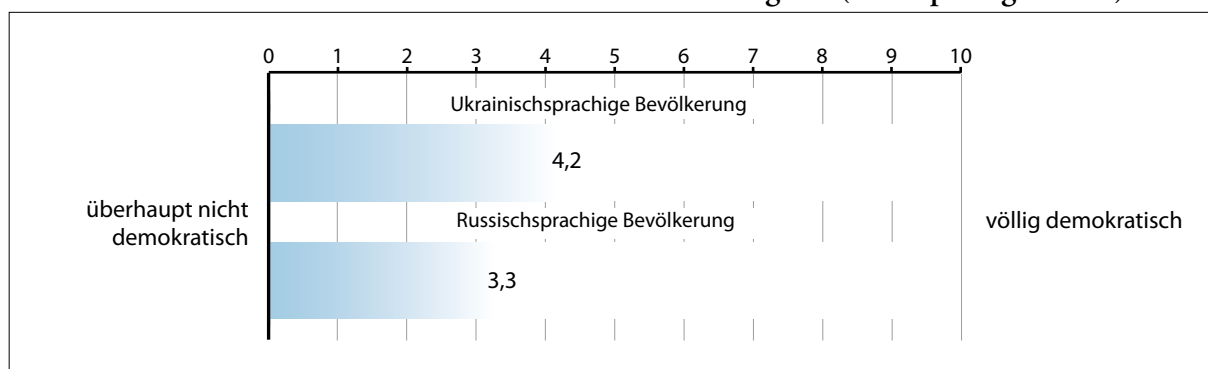
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 3. bis 9. März 2017, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

Grafik 2: Inwieweit sind Sie mit folgender Aussage einverstanden? (nur Ja-Antworten in %; nach Sprachgebrauch)



Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 3. bis 9. März 2017, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

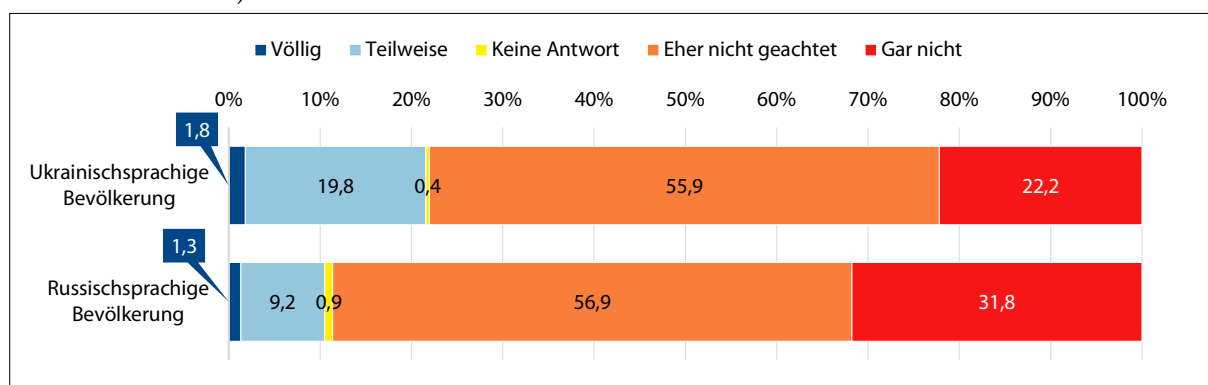
Grafik 3: Inwieweit wird unser Land heute demokratisch regiert? (nach Sprachgebrauch)



Anmerkung: Auf einer Skala von »1« bis »10«, wobei »1« mehr Einverständnis mit der Antwort auf der linken Seite bedeutet und »10« mehr mit der auf der rechten Seite.

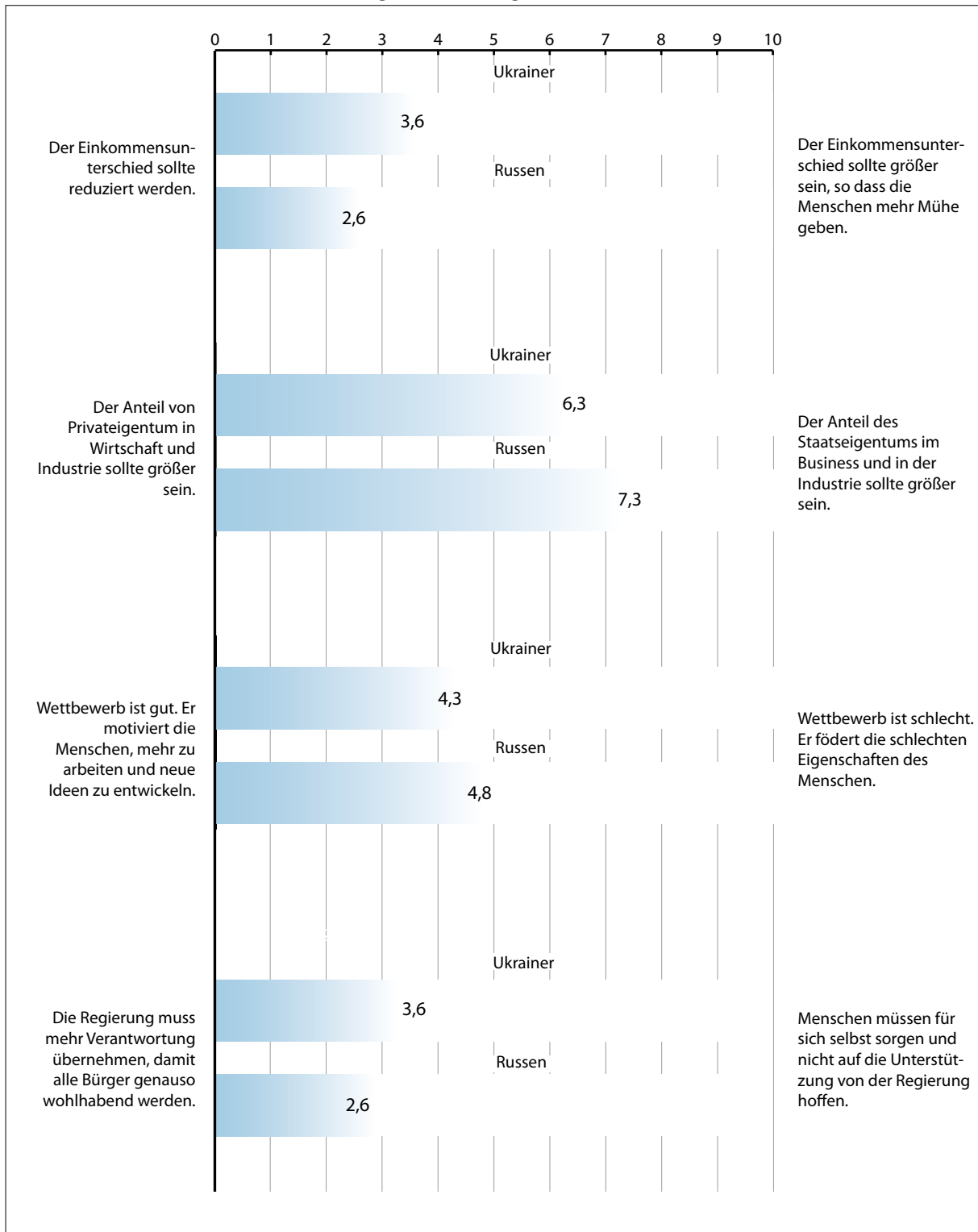
Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 3. bis 9. März 2017, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

Grafik 4: Inwieweit werden die Menschenrechte in der Ukraine geachtet? (nach Sprachgebrauch)



Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom 3. bis 9. März 2017, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

Grafik 5: Inwieweit sind Sie mit folgender Aussage einverstanden? (nach Nationalität)



Anmerkung: Auf einer Skala von »1« bis »10«, wobei »1« mehr Einverständnis mit der Antwort auf der linken Seite bedeutet und »10« mehr mit der auf der rechten Seite.

Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 3. bis 9. März 2017, <http://razumkov.org.ua/uploads/journal/eng/NSD169-170_2017_eng.pdf>

Sweatshops am Rande Europas: Wie Markenkleidung in der Ukraine genäht wird

Von Oksana Dutschak, Kiew

Zusammenfassung

Im Jahr 2017 hat die Clean Clothes Campaign, eine internationale Nichtregierungsorganisation, mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Südwind-Instituts, eine Studie in der Ukraine durchgeführt, um herauszufinden, unter welchen Bedingungen bekannte westliche Markenfirmen hier Kleidung nähen lassen. Dabei wurden 51 Interviews mit Näherinnen in acht ukrainischen Nähfabriken durchgeführt, deren Ergebnisse in diesem Artikel präsentiert werden.

Einführung

Die Produktion von Markenbekleidung in der Ukraine ist kein neues Thema. Lokale Medien berichten von Zeit zu Zeit über die Produktion in ukrainischen Nähfabriken. Allerdings sind ihre Berichte meistens einseitig positiv und handeln hauptsächlich davon, wie hochqualifiziert ukrainische Näherinnen sind, wie fortgeschritten die Produktionstechnik sei und wie attraktiv das »Investitionsklima« ist, so dass auch bekannte Marken keine Angst haben, ihre Produkte in der Ukraine zu produzieren. Dabei wird gerne die Tatsache ignoriert, dass dieselben Marken ihre Aufträge im großen Umfang auch an andere Länder vergeben, die weder für ihre fortgeschrittene Volkswirtschaft noch für ihr sozioökonomisches Niveau bekannt sind. Dabei stellen die ukrainischen Medien auch nicht die Frage, welchen Preis die ukrainischen Näherinnen, ihre Familie und die Textilbranche des Landes für ein solches »Investitionsklima« zahlen müssen.

Gleichzeitig verstehen die europäischen Verbraucher »Made in Europe« als Garantie für eine Produktion nach ethischen Prinzipien und damit auch verantwortungsbewussten Konsum. »Made in Europe« wird als Gegensatz gesehen zu den schwierigen Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen, Verletzungen der Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern und Menschenrechtsverletzungen in den Ausbeutungsfabriken in Asien. Aber sind die ethischen Aspekte von »Made in Bangladesh« und »Made in Ukraine« wirklich so unterschiedlich?

Textilindustrie in der Ukraine

Seit den 1990er Jahren lassen westliche Bekleidungsfirmen in der Ukraine nähen. Die zu Sowjetzeiten erfolgreiche Textilbranche verlor mit der Unabhängigkeit der Ukraine plötzlich ihre Partner, den Zugang zu billigen Rohstoffen und einen großen Binnenmarkt. Viele Textilfabriken gingen bankrott und die Beschäftigten verloren ihre Arbeit. Es überlebten die Betriebe, die es schafften, sich in die globalen Produktionsketten der

Textilindustrie einzugliedern – wenn auch auf deren niedrigsten Standards.

Mittlerweile arbeitet die große Mehrheit der ukrainischen Nähfabriken zumindest teilweise für den Export. Der größte Teil der Bekleidung »Made in Ukraine« wird nach Deutschland exportiert (37%). Ein relativ großer Teil der Exporte geht nach Ungarn, Rumänien und Polen (insgesamt 20%). Letzteres deutet darauf hin, dass die ukrainischen Nähfabriken oft nicht einmal direkte Lieferanten von Markenfirmen sind, sondern deren Zulieferern in Mitteleuropa zuarbeiten. Noch deutlicher wird dies bei der Exportstatistik für Schuhe, von denen 41% als Halbfertigware nach Rumänien, Ungarn, Italien und in andere EU-Länder gehen. Es ist offensichtlich, dass in diesen Ländern aus den halbfertigen Schuhen die Endprodukte hergestellt werden, die dann mit dem Label »Made in EU / Italy / etc.« versehen werden

Arbeitsbedingungen

Aus frei zugänglichen Quellen geht hervor, dass westliche Firmen wie C&A, Adidas, Asos, Hugo Boss, Marks & Spencer, New Balance, PVH, Triumph, St. James, Esprit, Zara, Mexx, Top Shop und viele andere in der Ukraine Kleidung nähen lassen. Ein Vergleich des Nähens von Markenkleidung in der Ukraine mit den klassischen (meist asiatischen) Produktionsländern zeigt sowohl Unterschiede als auch auffällige Ähnlichkeiten.

Die Unterschiede betreffen die Arbeitsbedingungen und vor allem die Arbeitskräfte. Denn anders als in den asiatischen Ländern, wo die Näherinnen in der Regel junge Frauen sind, arbeiten in den ukrainischen Nähfabriken meistens ältere Frauen, teilweise sogar Rentnerinnen. Das Durchschnittsalter der befragten Beschäftigten beträgt 45 Jahre. Sie sind keine Binnenmigrantinnen, sondern leben in der Regel in dem Dorf, in dem sich die Textilfabrik befindet, oder in den umliegenden Dörfern, meistens in einer eigenen Wohnung, die sie oder ihre Angehörigen bereits seit Sowjetzeiten besitzen.

Da nur offiziell registrierte Nähfabriken in unsere Untersuchung einbezogen wurden, sind die Fabrikgebäude entsprechend der rechtlichen Vorgaben erbaut worden und damit relativ sicher in Bezug auf Brandschutz oder Arbeitsunfälle. Die Beschäftigten haben, im Gegensatz zu asiatischen Nähfabriken, unbefristete Arbeitsverträge und eine recht umfangreiche soziale Absicherung mit bezahltem Jahresurlaub, Krankengeld, Rentenanspruch und Arbeitslosengeld – was sich natürlich nur auf die offiziell registrierten Nähfabriken bezieht, die hier erfasst werden und nicht auf illegale Nähfabriken in der Schattenwirtschaft. Auch in den registrierten Nähfabriken, in denen die Beschäftigten durch das ukrainische Arbeitsrecht geschützt sind, ist dieser Schutz aber bei der sozialen Sicherung durch die Wirtschaftskrise eingeschränkt worden und wird mit Bezug auf die Arbeitsbedingungen oft nicht eingehalten.

Deshalb ergeben sich in vielerlei Hinsicht große Ähnlichkeiten mit asiatischen Nähfabriken. So kann die Raumtemperatur im Produktionssaal im Sommer auf 40 Grad Celsius ansteigen, was bereits gesetzeswidrig ist. Nach den gleichen Rechtsvorschriften sollte die Arbeitszeit der Beschäftigten bei Überschreitung der normalen Raumtemperatur verringert werden. Gerade in den Sommermonaten ist aber oft »Hochsaison« mit den meisten Aufträgen. Infolgedessen sind die Näherinnen gezwungen, zehn bis zwölf Stunden am Tag und an sechs Tagen die Woche, manchmal auch nachts zu arbeiten oder die Arbeit mit nach Hause zu nehmen, um die Lieferfristen einzuhalten. Solche Überstunden verstoßen natürlich auch gegen die ukrainische Gesetzgebung. In der »Nebensaison« mit nur wenigen Aufträgen werden die Beschäftigten jedoch oft gezwungen »freiwillig« Urlaub zu nehmen.

Ein weiteres großes Problem für die Beschäftigten ist der niedrige Lohn. Zum Stand Anfang 2017 wird oft nur der Mindestlohn von 89 Euro netto im Monat gezahlt. Der durchschnittliche Monatslohn beträgt außerhalb der »Hochsaison« 96 Euro netto und steigt in der »Hochsaison« auf bis zu 117 Euro. Es gibt aber auch Fälle, in denen bei Vollzeitbeschäftigung nicht einmal der Mindestlohn gezahlt wird. Das niedrigste von uns erfasste Monatsgehalt bei voller Arbeitszeit betrug im Januar 2017 nur 48 Euro netto.

Außerdem werden die Arbeitsnormen so hoch angesetzt, dass viele Näherinnen diese in ihrer normalen Arbeitszeit nicht erfüllen können und deswegen gezwungen sind sogar außerhalb der Hochsaison jede Woche ein bis drei Überstunden ohne Lohnausgleich zu leisten. Werden unbezahlte Überstunden mit einbezogen erhält mindestens ein Drittel der Näherinnen nicht einmal den Mindestlohn.

Damit kann zweifelsfrei von »Hungerlöhnen« gesprochen werden, die um ein Vielfaches niedriger sind als menschenwürdige Löhne, die für Nahrung, Wohnungsnebenkosten, Urlaub, medizinische Versorgung, Bildung usw. ausreichen würden. Nach unseren Berechnungen sollten angemessene Löhne für Näherinnen in der Ukraine bei etwa 477 Euro im Monat liegen, wenn wir davon ausgehen, dass die meisten von ihnen aufgrund der kostenlosen Privatisierung von Wohnraum nach Ende der sowjetischen Planwirtschaft keine Miete zahlen müssen, da sie oder ihre Angehörigen zu Eigentümern des genutzten Wohnraums wurden.

Überlebensstrategien

In einer solchen Situation stellt sich die Frage, wie die Arbeiterinnen, die in der Ukraine Markenkleidung nähen, ihr Leben bestreiten. Es gibt mehrere Strategien. Einige von ihnen besitzen Land und beziehen ihre Lebensmittel aus eigener Produktion. Alle erhalten staatliche Unterstützung in verschiedener Form, wie etwa Renten, Zuschüsse zu den Wohnungsnebenkosten, verbilligte Nutzung öffentlicher Verkehrsmitteln, weitgehend kostenlose Nutzung der Gesundheits- und Bildungssysteme. Die meisten von ihnen leben, wie bereits erwähnt, in ihren eigenen vier Wänden.

Trotzdem sind die Näherinnen gezwungen bei allem zu sparen: beim Essen, bei medizinischer Versorgung und beim Urlaub. Sie kaufen meist sehr einfache Lebensmittel. Auch wenn die medizinische Grundversorgung weitgehend kostenlos ist, sind Zuzahlungen für Medikamente und Bestechungszahlungen im Gesundheitssystem die Regel. Kleidung wird von Näherinnen sehr selten oder sehr billig in schlechter Qualität oder second hand gekauft. Eine Urlaubsreise können sich die meisten von ihnen auch innerhalb der Ukraine nicht leisten. Sie gehen so gut wie nie ins Kino oder ins Café. Da die Näherinnen keine Möglichkeit haben, finanzielle Rücklagen zu bilden, führen unvorhergesehene Ausgaben schnell zu Verschuldung und zu einer unsicheren Lebensperspektive.

Fazit

Auf diese Weise schafft die ukrainische Politik, die eine Steigerung der Attraktivität des Landes für Investitionen anstrebt, real Lohnausbeutung, die hinter der Fassade »Made in Europe« steckt. Hier zeigt sich eine traurige Ironie: Beschäftigte, die mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten, müssen trotzdem von Lebensmitteln aus dem eigenen Garten leben. Näherinnen, die westliche Markenkleidung produzieren, sind gezwungen, dieselbe Markenkleidung – wenn überhaupt – second hand zu kaufen. Und der ukrainische Staat subventioniert in großem Ausmaß die Lebenshaltungskosten der

Menschen, die Kleidung nähen und Gewinne für viele westliche Markenfirmen generieren.

Einerseits können die Näherinnen dank direkter und indirekter staatlicher Subventionen über die Runden kommen. Andererseits bindet eine solche Poli-

tik die Menschen an die Nähfabriken und ermöglicht das Festhalten an Billiglöhnen zugunsten westlicher Markenfirmen.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Die Interviews wurden durchgeführt von Oksana Dutschak, Artem Tschapaj und Anna Oksjutowitsch. Der Abschlussbericht ist hier abrufbar: <<https://cleanclothes.org/livingwage/europe/country-profiles/ukraine/view>>

Über die Autorin

Oksana Dutschak ist Soziologin und Doktorandin am Institut für Soziologie der Nationalen Technischen Universität »Kiewer Polytechnisches Institut Ihor Sikorskyj«. Außerdem ist sie stellvertretende Direktorin des Zentrums für Sozial- und Arbeitsforschung und absolvierte ein Masterstudium in Soziologie und Sozialanthropologie an der Central European University (Budapest). Zu ihren Forschungsinteressen gehören Protestbewegungen, Arbeiterproteste, Kapitalismus, Feminismus und Geschlechterungleichheiten.

STATISTIK

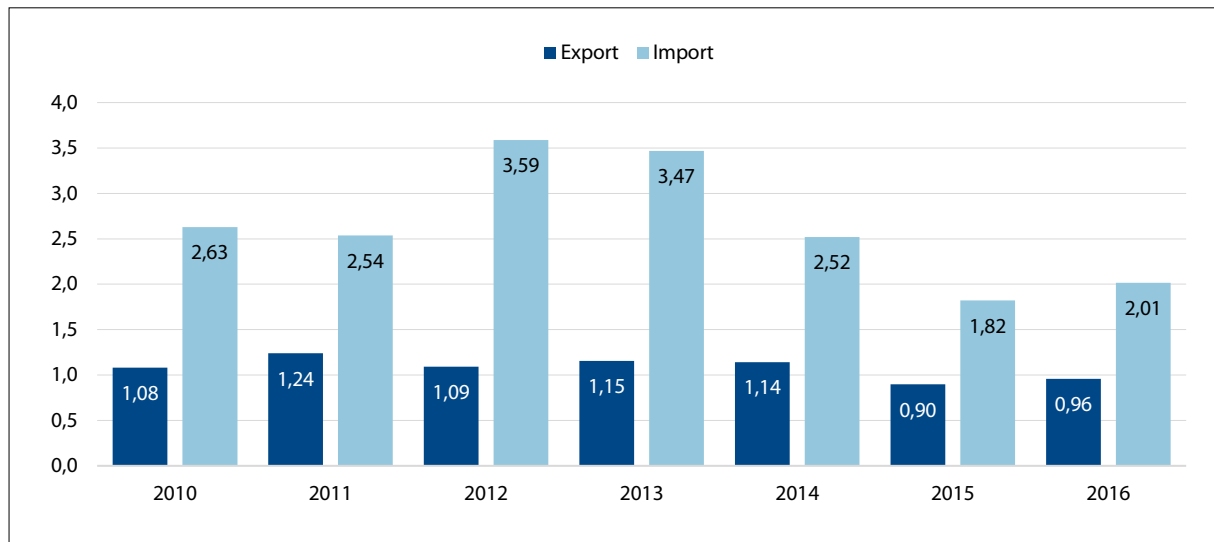
Kernzahlen für die Textilindustrie der Ukraine

Tabelle 1: Anzahl der Unternehmen und Arbeitnehmer in der Textilindustrie der Ukraine im Jahr 2014

	Anzahl der Unternehmen	%	Anzahl der Arbeitnehmer	%
Textilproduktion	547	1 %	17	1 %
Kleidungsproduktion	1.825	4 %	47,7	2 %
Lederherstellung, Lederwaren (Schuhe)	397	1 %	19	1 %
Textilindustrie gesamt	2.769	7 %	83,7	3 %
Industrie gesamt	42.187	100 %	2429,6	100 %

Quelle: zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik der Ukraine (<http://www.ukrstat.gov.ua/druk/publicat/kat_u/2017/zb/11/zb_dsg2016pdf.zip>).

Grafik 1: Außenhandel der Textilindustrie der Ukraine in den Jahren 2010–2016, Mrd. US-Dollar



Anmerkung: ab 2014 – ohne Krim; ab 2015 – auch die von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebiete im Donbas.

Quelle: zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik der Ukraine.

Tabelle 2: Importe der Textilindustrieprodukten nach Regionen im Jahr 2016, Mio. US-Dollar

	Mio. US-Dollar	%
Asien und Naher Osten	1008,4	50 %
<i>China</i>	545,9	27 %
<i>Türkei</i>	185,9	9 %
Europa	799,5	40 %
<i>Polen</i>	205,6	10 %
<i>Deutschland</i>	165,1	8 %
<i>Italien</i>	145,8	7 %
GUS-Staaten*	127,3	6 %
<i>Belarus</i>	50,1	2 %
<i>Russland</i>	47,7	2 %
Andere	78,8	4 %
Gesamt	2014,0	100 %

Anmerkung: Unter Textilindustrieprodukten wird hier die Herstellung von Kleidung, Schuhen, Kopfbedeckungen, Teppichen, Leder, Zwirn, Textilien u. a. verstanden.

* inkl. Georgien

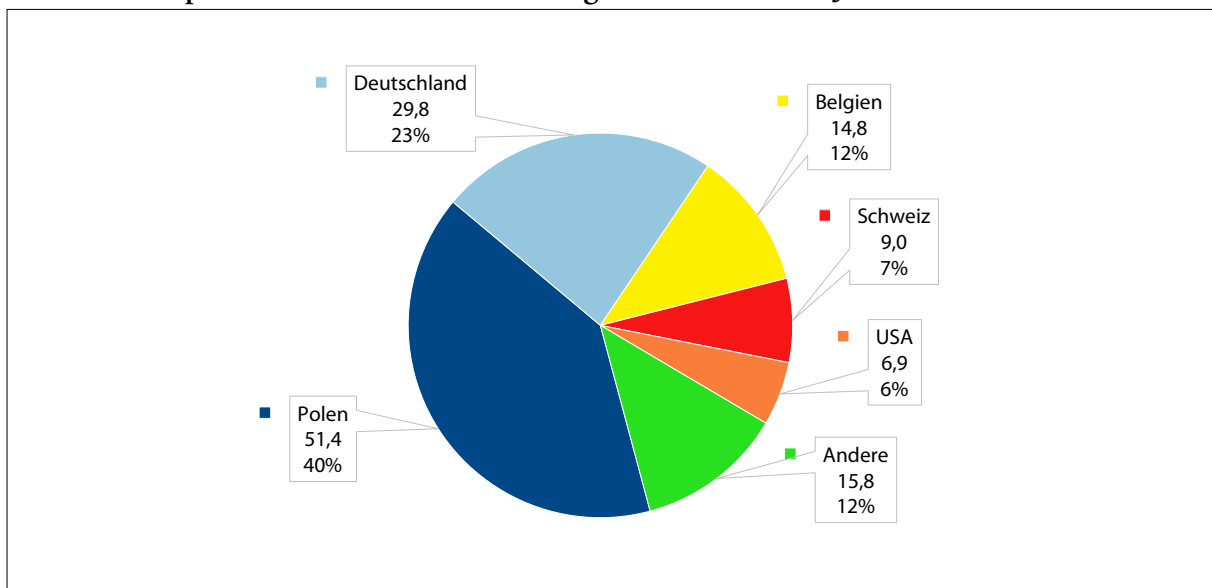
Quelle: zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik der Ukraine.

Tabelle 3: Exporte der Textilindustrieerzeugnisse nach Regionen im Jahr 2016, Mio. US-Dollar

	Mio. US-Dollar	%
Deutschland	208,6	22 %
Polen	138,8	15 %
Rumänien	103,2	11 %
Italien	86,3	9 %
Russland	71,6	7 %
Dänemark	55,4	6 %
Ungarn	46,6	5 %
Europa gesamt	809,6	85 %
Gesamt	957,0	100 %

Anmerkung: Unter Textilindustrieerzeugnissen wird hier die Herstellung von Kleidung, Schuhen, Kopfbedeckungen, Teppichen, Leder, Zwirn, Textilien u. a. verstanden.

Quelle: zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik der Ukraine.

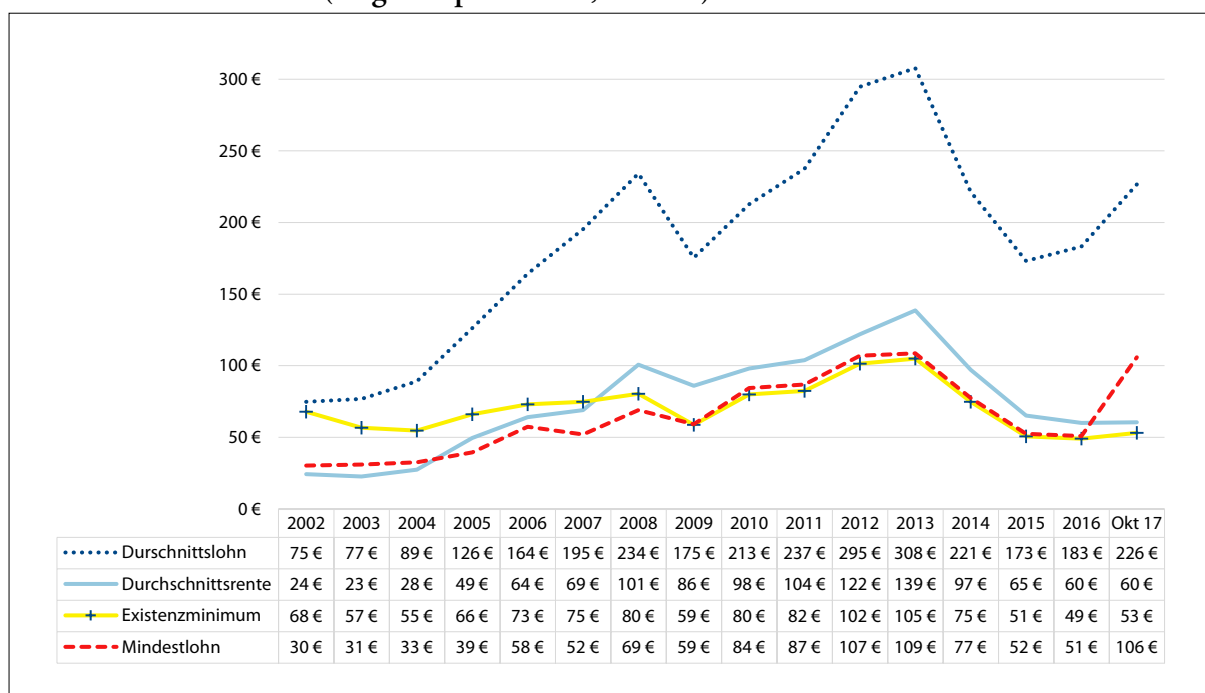
Grafik 2: Import von Second-Hand-Kleidung in die Ukraine im Jahr 2016, Mio. US-Dollar

Insgesamt 127,7 Mio. US-Dollar

Quelle: zusammengestellt von der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik der Ukraine.

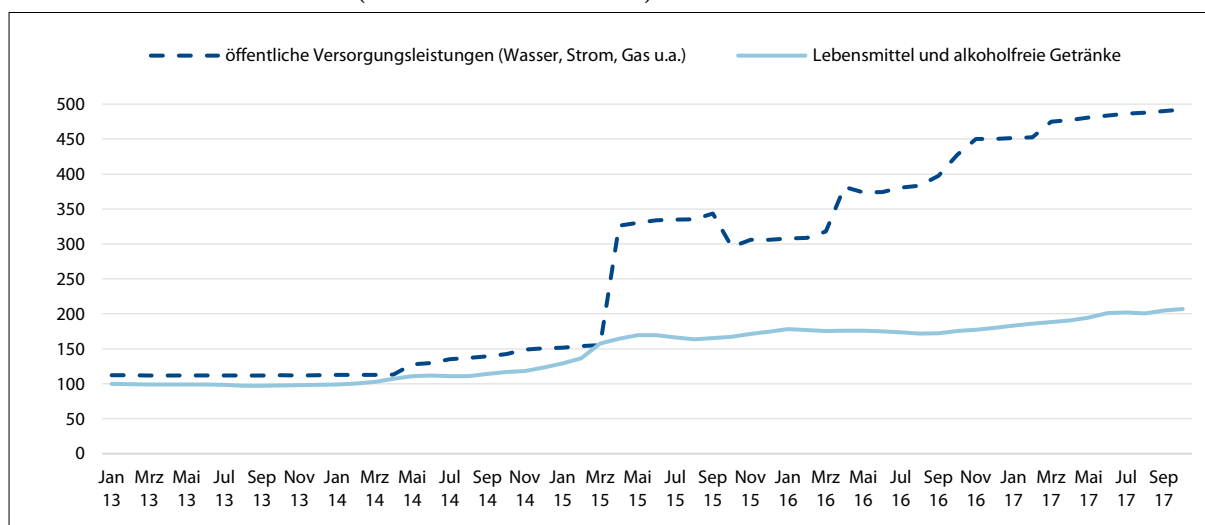
Aktuelle Sozialdaten

Grafik 1: Entwicklung von Durchschnittslohn, Durchschnittsrente, Existenzminimum und Mindestlohn (Angaben pro Monat, in Euro)

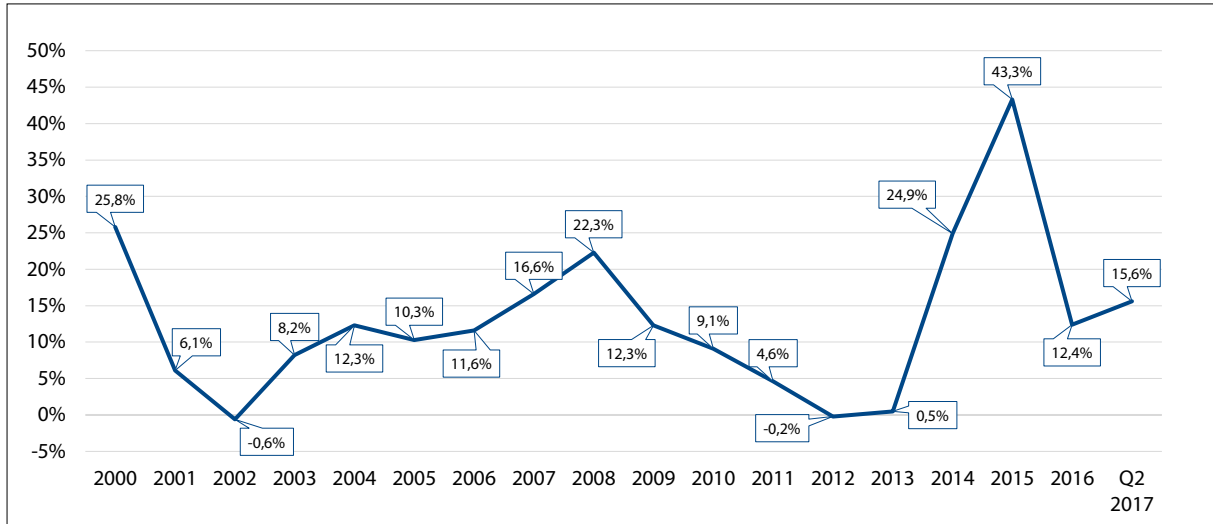


Quelle: Durchschnittslohn und Durchschnittsrente vom ukrainischen Statistikamt, <www.ukrstat.gov.ua>, Existenzminimum entsprechend der Gesetze auf <<http://zakon2.rada.gov.ua>>, Mindestlohn von Minfin, <<http://index.minfin.com.ua/index/salary/>>. Offizieller Wechselkurs laut Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 2: Ukraine: Verbraucherpreisindex für öffentliche Versorgungsleistungen und Lebensmittel seit 2013 (Dezember 2010 = 100)

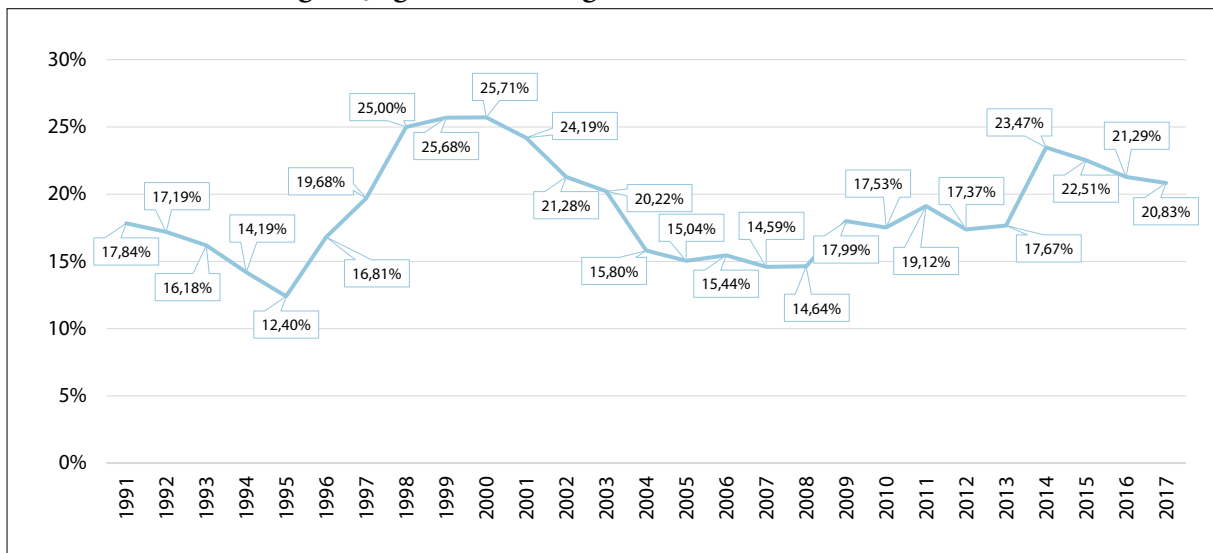


Quelle: Statistikamt der Ukraine <http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2012/ct/is_c/ISC_2010_u.zip>

Grafik 3: Inflation im Vergleich zum Vorjahresende (Konsumentenpreise)

Anmerkung: Daten ohne Krim seit 2010.

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

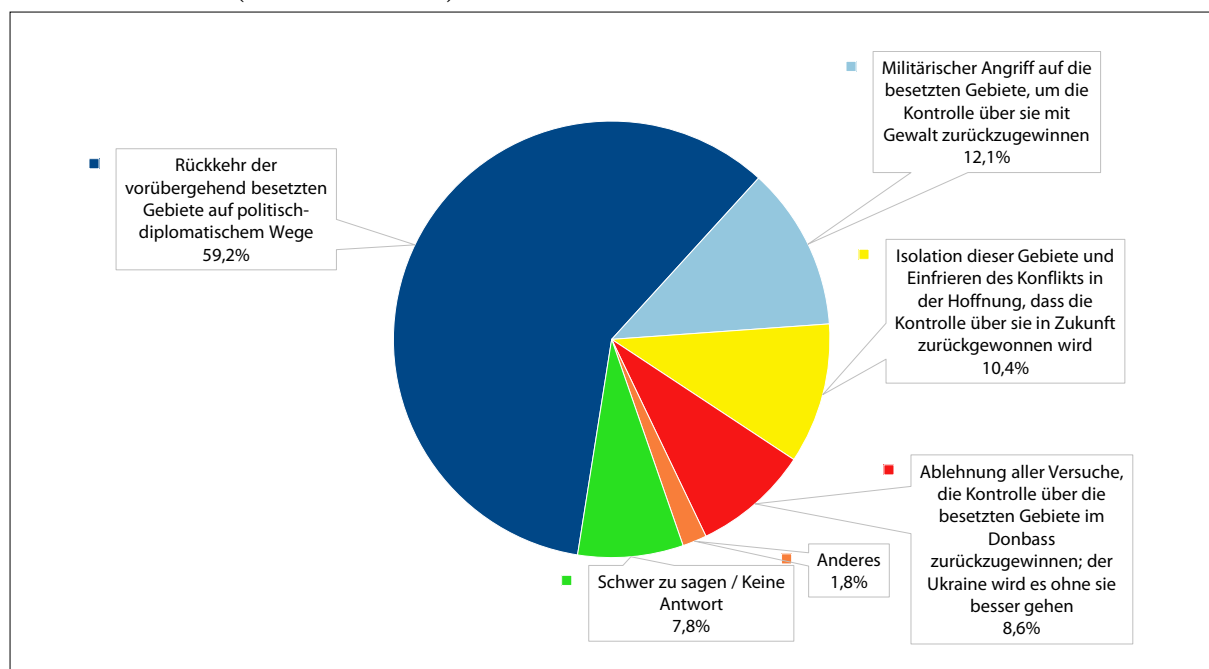
Grafik 4: Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit (ILO-Methode)

Quelle: International Labour Organization, ILOSTAT database.

UMFRAGE

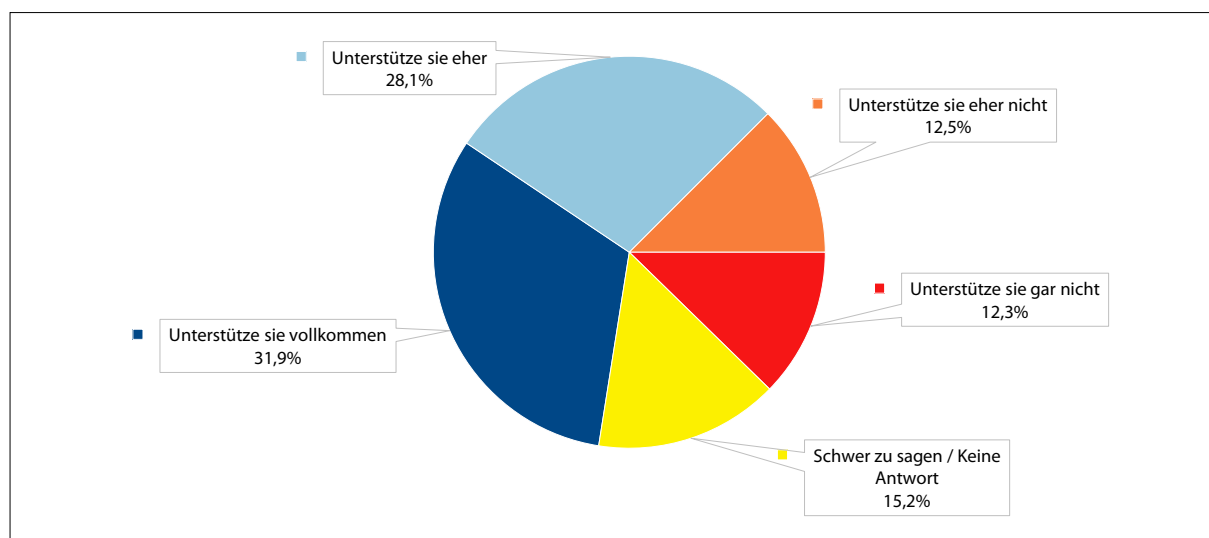
Die ukrainische Bevölkerung zur Lösung des Donbass-Konflikts und zum möglichen Einsatz von UN-Friedenstruppen

Grafik 1: Welche Strategie zur Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine halten Sie für die beste? (November 2017)



Quelle: repräsentative Umfrage des Zentrums für soziale und Marketingforschungen SOCIS zusammen mit dem Kiewer internationalen Institut für Soziologie (KIIS), der soziologischen Gruppe Rating und dem Razumkov-Zentrum vom 28. Oktober bis zum 14. November 2017 (N=20.000), <http://razumkov.org.ua/uploads/socio/2017_PRESS_Prezent_UA.pdf>

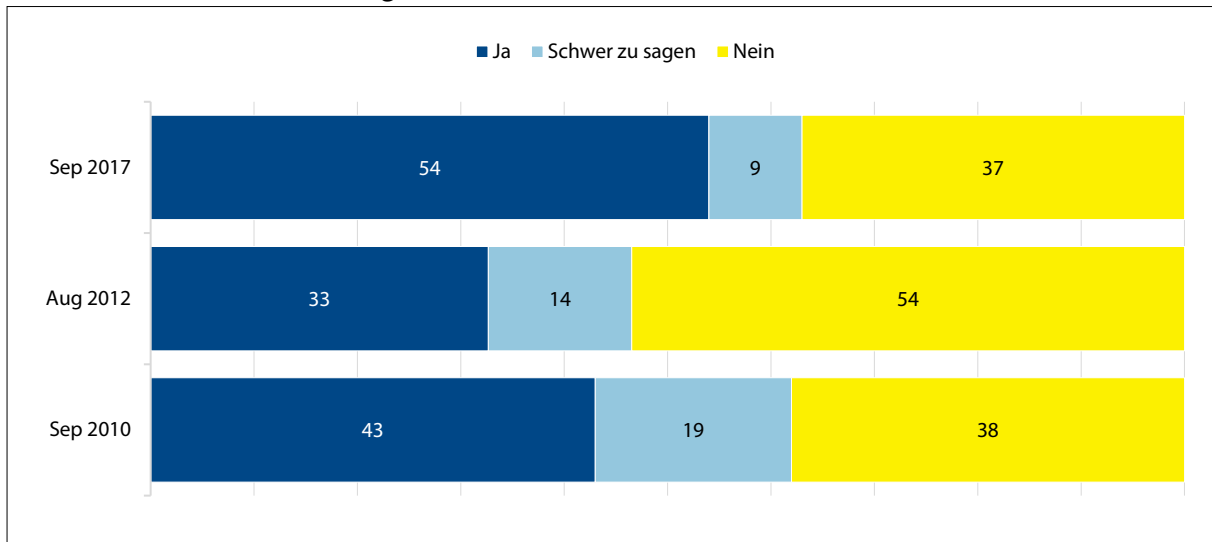
Grafik 2: Was halten Sie von der Idee, UN-Friedenstruppen auf dem Territorium der besetzten Gebiete im Osten der Ukraine einzusetzen?



Quelle: repräsentative Umfrage des Zentrums für soziale und Marketingforschungen SOCIS zusammen mit dem Kiewer internationalen Institut für Soziologie (KIIS), der soziologischen Gruppe Rating und dem Razumkov-Zentrum vom 28. Oktober bis zum 14. November 2017 (N=20.000), <http://razumkov.org.ua/uploads/socio/2017_PRESS_Prezent_UA.pdf>

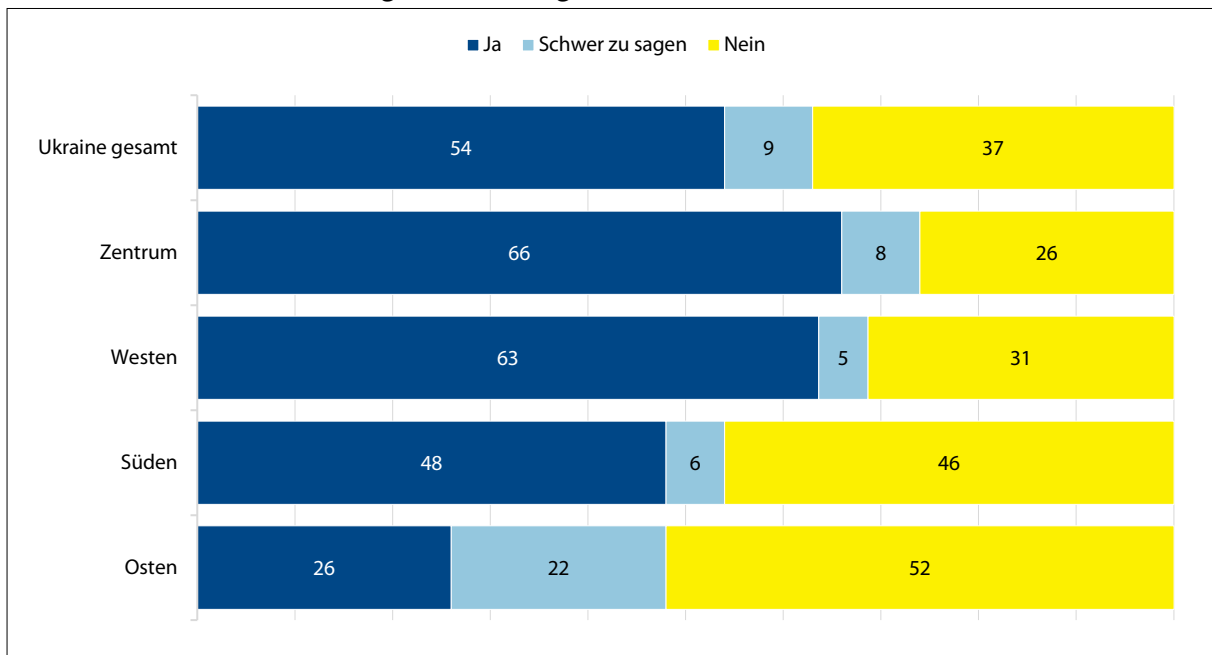
Bereitschaft der Ukrainer, das Land mit Waffen zu verteidigen

Grafik 1: Sind Sie bereit, im Falle einer Bedrohung die territoriale Integrität der Ukraine mit Waffen zu verteidigen?



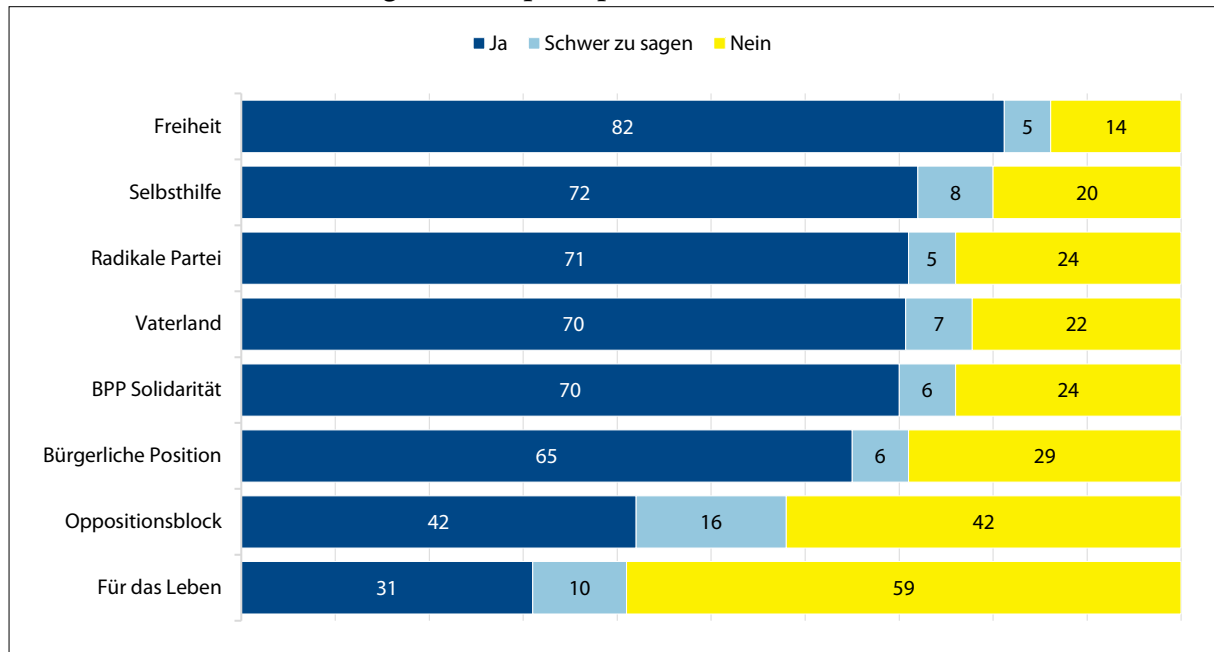
Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 20. bis zum 29. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/267/rg_defender_s_day_102017.pdf>

Grafik 2: Sind Sie bereit, im Falle einer Bedrohung die territoriale Integrität der Ukraine mit Waffen zu verteidigen? (nach Regionen)



Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 20. bis zum 29. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/267/rg_defender_s_day_102017.pdf>

Grafik 3: Sind Sie bereit, im Falle einer Bedrohung die territoriale Integrität der Ukraine mit Waffen zu verteidigen? (nach parteipolitischen Präferenzen)



Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe (N=2000) vom 20. bis zum 29. September 2017, <http://ratinggroup.ua/getfile/267/rg_defender_s_day_102017.pdf>

DOKUMENTATION

Zu den Ereignissen in den »Volksrepubliken« der Ostukraine: Zentralisierung der Macht in der »DNR« und Putsch in der »LNR«

Zur Dokumentation interner politischer Entwicklungen und damit auch des Charakters der Organisation von Politik in den beiden »Volksrepubliken«, veröffentlichen die Ukraine-Analyse hier Auszüge aus dem Newsletter »Entwicklungen in ›DNR‹ und ›LNR‹«.

Der Newsletter erscheint im Rahmen der Projekte »Dialog für Verständigung und Recht: Europäische NGOs gemeinsam für Konfliktbewältigung im Donbass« und »Internationales Menschenrechtsmonitoring in der Ostukraine«. Basierend auf der Auswertung von öffentlich zugänglichen Internet-Quellen und erstellt von Nikolaus von Twickel gibt der Newsletter einen Überblick aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen auf dem Gebiet der selbsternannten »Volksrepubliken Donezk und Luhansk«. Die Projekte werden vom Deutsch-Russischen Austausch (DRA e.V.) in Kooperation mit ukrainischen und russischen Partnern durchgeführt und vom Auswärtigen Amt gefördert. Der Newsletter ist im Internet archiviert unter civiconitoring.org. Dort finden sich auch die Internetadressen der im Text genannten Originalquellen. Ansprechpartner beim Deutsch-Russischen Austausch sind Tim Bohse (tim.bohse@austausch.org) und Yuliya Erner (yuliya.erner@austausch.org).

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Developments in “DNR“ and “LNR“: 23 August – 20 October 2017 (Newsletter 24)

Summary

In a sign of growing political volatility, Donetsk separatist leader Alexander Zakharchenko declared surprisingly early that he would seek re-election next year and ousted Denis Pushilin from the ruling party leadership, replacing him with a drama theatre director. (...)

Pushilin ousted, Zakharchenko declares candidacy, amid volatility in Donetsk

In Donetsk, the leader of the “people’s republic”, Alexander Zakharchenko, announced on October 18 that he will stand for re-election in November 2018. The move came surprisingly early—not even Russian President Vladimir Putin has said publicly if he is running in the election next March. More importantly, it was accompanied by the removal of Denis Pushilin—long believed to be the number two in the separatist leadership—from his post as executive officer of “Donetsk Republic”, the political vehicle most likely to back Zakharchenko in an election.

Officially Zakharchenko, who chairs “Donetsk Republic, declared that Pushilin would focus on his “more important” roles as speaker of the “people’s council” (the de-facto parliament) and as chief negotiator at the Minsk talks, plus that he would concentrate efforts on reintegrating Donbass with Russia.

Relations between the two have never been warm. When Zakharchenko spectacularly announced in July that he was founding a new state called “Malorossia”, Pushilin was not even present. Instead, he dryly remarked a few hours later that such an initiative needed broader discussion. Zakharchenko’s plan, which apparently wasn’t well known even in Moscow, was then quietly dropped (see [Newsletter 23](#)).

Pushilin’s replacement as head of the executive committee of “Donetsk Republic”, which officially is a “movement” but really functions as a ruling party, is Natalya Volkova, the director of the Donetsk Drama Theatre. While being well-known in Donetsk, Volkova is likely to be less independent from Zakharchenko’s people, given her lack of political experience. Her position might also be weakened by the fact that she had publicly supported Donetsk to remain in Ukraine in March 2014.

Zakharchenko, a former mine electrician and local pro-Russian activist, has been at the helm of the Donetsk separatists since August 2014. In November of that year, he was elected to the post of “head of the republic” in a vote that was widely criticized as illegal.

His “candidacy” and the ousting of Pushilin are most likely an attempt to strengthen Zakharchenko’s role in a time of growing volatility inside the separatist leadership. It is probably no coincidence that it occurred just two days after Zakharchenko met Kremlin official Vladislav Surkov during the opening of a monument for Donbass volunteer fighters in the Russian city of Rostov-on-Don. Surkov is widely believed to oversee all important policy decisions inside the “people’s republics”.

In the past two months, there were increasing signs of trouble in Donetsk:

On September 12, numerous sources in both Ukraine and Russia suggested that the Kremlin was looking at a leadership change in both Donetsk and Luhansk. This was not the first time such reports emerged, but given the uncertainties in international politics at the time (Donald Trump’s US administration was again debating lethal weapons’ deliveries to Ukraine, Germany headed for elections and Russia gearing up for the March 2018 presidential election), such a scenario did not look entirely unlikely.

Three days later, the Moscow-based news outlet RBC reported that the Russian government was looking into significantly reducing its financial aid to the “people’s republics” beginning in 2019. While this is a long way ahead by the standards of Donbass politics, it could be a warning shot that Moscow’s bankrolling cannot last forever. (...)

Quelle: <http://www.civicmonitoring.org/developments-in-dnr-and-lnr-23-august-20-october-2017-newsletter-24/>

Developments in “DNR“ and “LNR“: 21 October – 28 November 2017 (Newsletter 25)

Summary

The Russian-controlled areas of eastern Ukraine suffered their biggest upheaval since 2014 when Luhansk separatist leader Igor Plotnitsky was replaced by the local State Security chief Leonid Pasechnik after an armed intervention by Donetsk separatist forces.

Pasechnik wins the “war of the Igors”

The conflict within the leadership of the Luhansk “People’s Republic (LNR)” escalated last week, when armed men thwarted an attempt by separatist leader Igor Plotnitsky to fire Igor Kornet, his Interior “Minister”.

The mysterious soldiers, who bore no insignia and refused to say where they came from, cordoned off the ministry early on November 21 (Tuesday) and prevented Plotnitsky from taking control and install his successor. In an improvised press conference the next day, Plotnitsky accused Kornet of staging a coup.

However, on Thursday November 23 Plotnitsky apparently flew to Moscow “for consultations”. Another day later, the standoff—dubbed the War of the Igors—was seemingly decided, and Plotnitsky had lost. State Security “Minister” Leonid Pasechnik declared that Plotnitsky had resigned “for health reasons” (he claimed that he suffered from a concussion) and had appointed him as interim leader until elections would be held in autumn 2018.

The reshuffle was swiftly sanctioned by “parliament” one day later, which also passed a constitutional change so that the parliamentary speaker does not have to take over power if a leader resigns.

Pasechnik and Kornet, who together control sizable security forces, were long believed to work against Plotnitsky. They are closely linked to a group of separatists from Kadiivka (formerly Stakhanov), where Pasechnik worked for Ukraine’s Security Service SBU before he joined the separatists in 2014. The local separatist leader here, Pavel Dryomov, a fierce critic of Plotnitsky, died when his car exploded in December 2015.

Other members of this group are Alexei Karyakin, who fled to Russia after Plotnitsky sacked him as parliamentary speaker in March 2016, and Valeri Bolotov, the first LNR leader, who died under murky circumstances in January 2017 in Moscow.

Pasechnik claimed that he would continue his predecessor’s foreign and domestic policies, but it remains to be seen, if he will keep his word. While he personally has kept a low profile, his “State Security Ministry” has become infamous for conducting interviews with prisoners confessing all sorts of crimes. On its website it already published a string of interviews with detainees confessing to plot terrorist attacks for Ukraine during last week’s armed intervention, which Pasechnik’s explained as an anti-terrorist operation.

Pasechnik and Kornet were thought to be plotting a leadership change as early as October 2015, when Pasechnik’s people arrested the then Energy “Minister” and Plotnitsky-ally Dmitry Lyamin. Plotnitsky protested, saying that the arrest was illegal, but after a brief trip to Moscow he backed down and promised to start a fresh fight against corruption. Pasechnik and Kornet are also closely associated with Karyakin (see Newsletter 15), and a return of the former “parliamentary speaker” from exile would strengthen the separatists’ ideological wing (known as *ideinie separatisty* in Russian).

Plotnitsky had been under heavy criticism for some time. Accusations that he was enriching himself and his entourage by controlling imports, e.g. of pharmaceuticals, have been carried by leading Russian pro-Kremlin outlets (see Newsletter 8).

The Lyamin affair left Plotnitsky’s authority badly damaged, and last week’s events showed that he could not (or would not) muster a force against a military intervention in his own city.

However, few had expected such a turn of events, including an armed intervention of one “people’s republic” in another.

The fact that the anonymous soldiers came from Donetsk was first confirmed by Kornet, who said on November 22 that he received help from “our friends [...] the law enforcement organs of the Donetsk People’s Republic”. One day later, the Donetsk “State Security Ministry” said that it had conducted a joint security operation with the local Interior Ministry in Luhansk.

According to the OSCE monitoring mission, a military convoy of almost 30 vehicles drove from Debaltseve, a town controlled by the Donetsk separatists, to Luhansk on November 21.

The revelation that the soldiers, which reminded many of the “green men” who prepared the annexation of Crimea in 2014, were from Donetsk rather than Russia, prompted speculation that Moscow is mulling a merger of the two people’s republics.

A story in the Russian weekly *Nasha Versia* suggested that Moscow will form a new entity dubbed “Ukraine-2” to present a viable alternative to the (pro-western) Ukraine governed from Kiev—a bit like the German Democratic Republic being a competitor to West Germany.

Such a model is reminiscent of the Malorossiia initiative made by Donetsk separatist leader Alexander Zakharchenko in July. That proposal was quietly dropped soon after it emerged that neither Luhansk nor even Moscow seemed to know much of this (see Newsletter 23).

However, many observers argued that Russia wants to keep two entities, not least because this preserves the legal framework of the Minsk peace accords. Both Plotnitsky and Zakharchenko signed the Minsk protocol and memorandum of autumn 2014, as well as the package of measures of February 2015.

Pasechnik seemed to confirm this when he said that Plotnitsky had been appointed the “LNR’s” chief Minsk negotiator for the ongoing peace talks because “he is one of the Minsk agreements signatories.” However, he promised on November 25 that the hitherto negotiator Vladislav Deinego should continue to carry out this role.

There is little doubt that Russia has enormous financial, military and political control over both Luhansk and Donetsk. Using “DNR” forces in the conflict in Luhansk might just be a tactical ploy: Moscow can plausibly deny that they are Russian while still being in charge of operations.

Quelle: <<http://www.civicmonitoring.org/developments-in-dnr-and-lnr-21-october-28-november-2017-newsletter-25/>>

»Exporte« von Weizen aus den »Volksrepubliken« nach Russland laut Berichten der OSZE-Beobachtermission

02.03.2017

The SMM visited two **border areas currently outside government control**. At the Uspenka border crossing point (73km south-east of Donetsk), present for under 30 minutes, the SMM saw (...) ten blue *Kamaz* trucks with covered trailers, all with “DPR” plates. All vehicles were in a queue to exit Ukraine. The driver (a middle-aged man) of one of the blue trucks told the SMM that the ten trucks were transporting wheat and he had faced no problems exiting Ukraine with the plates he had and his “DPR” “passport”. At the Novoazovsk (101km south-east of Donetsk) border crossing point, in less than an hour, the SMM saw: four covered trucks (with Ukrainian licence plates) transporting wheat and ten civilian cars (nine with Ukrainian licence plates, one with “DPR” plates) exit Ukraine. The driver of one of the trucks told the SMM that they were transporting wheat.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/302791>>

07.06.2017

The SMM monitored a **border area not under government control**. During fifteen minutes at the border crossing point near Novoazovsk (101km south-east of Donetsk), the Mission observed 24 trucks with trailers containing wheat and sunflower seeds in a queue to leave Ukraine. One of the drivers told the SMM that they had to wait about 24 hours to cross the border.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/322181>>

28.06.2017

During thirty minutes at the border crossing point near Novoazovsk (40km east of Mariupol) the SMM observed 41 tractor-trailers in a queue to leave Ukraine. A group of four drivers told the SMM that they were transporting wheat and that they had been waiting for four days to cross due to a slow process.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/326917>>

06.10.2017

The SMM visited a **border area not under government control**. During 30 minutes at a border crossing point near Novoazovsk (102km south-east of Donetsk), the SMM saw six cars (two with Ukrainian and four with Russian Federation licence plates) and 15 trucks carrying wheat (all with Russian Federation licence plates) waiting in queues to exit Ukraine, and one truck with a covered cargo area (Ukrainian licence plates) entering Ukraine. Four men (in their forties) from among the drivers of the 15 trucks in queues to exit Ukraine told the Mission that they had been waiting for four days to exit.

Quelle: <<http://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/348481>>

UN warnt vor möglicher Freisetzung des gefährlichen Chlorgases wegen Beschuss der Wasserfilterstationen in der Region Donezk

UN Resident Coordinator and Humanitarian Coordinator in Ukraine, Neal Walker— Statement on humanitarian impact of hostilities in eastern Ukraine

KYIV, 8 November 2017—The United Nations is deeply concerned by the recent escalation of hostilities near water, electricity and gas supply infrastructure in Donetsk province, eastern Ukraine. As we enter winter, any disruption of essential services, such as water and heating amid freezing temperatures could have grave consequences for millions of Ukrainians.

Today, the availability of clean water for 1.1 million people on both sides of the 459-kilometre ‘contact line’ dividing eastern Ukraine hangs in the balance. In the past six days, the Donetsk Filter Station (DFS) has been shelled for three consecutive nights. The Verkhniokalmiuska Filter Station (VFS) was hit more than 12 times in a single night. Water is continuing to flow due to the bravery of men and women, who risk their lives working for water company Voda Donbasa.

Such an escalation, so close to critical infrastructure, risks prompting a severe deterioration of the ongoing humanitarian crisis on Europe’s doorstep. Without sustained essential water supply, heating systems will stop and health conditions will deteriorate. Children, the elderly, women and people with disabilities may flee their homes in search of heat and shelter.

The UN is also extremely concerned about the possible release of hazardous chlorine gas stored at both filter stations. If a single 900 kg gas container is hit, anyone within 200 meters might receive fatal dose of the poisonous gas.

I remind all parties to the conflict of their obligation to respect civilian infrastructure and to protect civilians. Any intentional disruption of access to quality water supply or critical heating systems is a clear violation of International Humanitarian Law.

Today, we see the continued disproportionate impact of the crisis on ordinary Ukrainians. The conflict is denying the most vulnerable of their basic needs, and most importantly, safety and protection. In this protracted crisis, millions of families trapped in active hostilities and people displaced are losing hope for a future.

I call on all parties to uphold their responsibility to facilitate the access of humanitarian organisations to provide critical services for the most vulnerable Ukrainians affected and displaced by the conflict—now in its fourth year.

Quelle: <<https://reliefweb.int/report/ukraine/un-resident-coordinator-and-humanitarian-coordinator-ukraine-neal-walker-statement>>

13. – 26. November 2017

13.11.2017	Im Rahmen von Ermittlungen konfiszieren Sicherheitsbehörden in Odessa Kraftstoff im Wert von 800 Millionen Hrywnja (etwa 25 Millionen Euro). Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft handelt es sich um Treibstoff, der dem Unternehmer Serhyj Kurtschenko zugeschrieben wird. Gegen Kurtschenko wird wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung und Betrugs ermittelt.
14.11.2017	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, mit dem Demonstranten, die während der Unruhen auf dem Maidan im Jahr 2014 verletzt wurden, dieselben Vergünstigungen und staatlichen Hilfen erhalten können wie an Kriegseinsätzen beteiligte Soldaten.
14.11.2017	Anna Solomatina, eine führende Mitarbeiterin der Nationalen Agentur für die Verhinderung von Korruption, erklärt, die Agentur sei von der politischen Führung des Landes abhängig, habe bei der Überprüfung von elektronischen Einkommens- und Vermögensdeklarationen Fälschungen vorgenommen und führe Ermittlungen als Instrument politischen Drucks durch. In der Präsidialverwaltung weist man die Anschuldigungen zurück und erklärt, man verfüge über keinerlei Instrumente, um auf die Agentur Druck auszuüben. Solomatina reicht nach ihrer Erklärung ihren Rücktritt ein.
15.11.2017	Der zuständige Parlamentsausschuss fügt in das Gesetzesprojekt zur Reintegration des Donbass einige Änderungen ein, etwa das Datum des Beginns der Annexion der Krim. Zudem werden Hinweise auf die Vereinbarungen von Minsk gestrichen.
16.11.2017	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen den Direktor des Nationalen Antikorruptionsbüros, Artem Sytnik. Ihm wird vorgeworfen, Informationen über laufende Ermittlungen preisgegeben zu haben. Sytnik befindet sich zurzeit auf einer Geschäftsreise in Portugal.
16.11.2017	Die Kommission des Staatlichen Ermittlungsbüros wählt zwei Jahre nach der Gründung der Behörde einen Vorsitzenden. Aufgabe des Büros sind Ermittlungen gegen Sicherheits- und andere Staatsorgane sowie Ermittlungen in Fällen von organisiertem Verbrechen. Bislang war es nicht gelungen, einen Vorsitzenden der Behörde zu bestimmen.
16.11.2017	Das Parlament stimmt für ein Gesetz, das Unternehmer vor Machtmissbrauch durch Sicherheitsorgane schützen soll. Es erlaubt unter anderem die Aufzeichnung von Durchsuchungen durch die Verteidigung, verbietet die Verwendung von Informationen, die bei Durchsuchungen in Abwesenheit eines Anwalts gewonnen wurden und gestattet Durchsuchungen ausschließlich auf Anordnung eines Richters.
16.11.2017	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das den 25. Dezember zum Weihnachtsfeiertag erklärt. Weihnachten wird damit sowohl nach katholischer als auch nach orthodoxer Tradition (am 7. Januar) offiziell mit je einem Feiertag begangen. Der 2. Mai wird aus der Liste der Feiertage gestrichen.
18.11.2017	Hacker dringen in die Computer des staatlichen Dienstes für Veteranen und Teilnehmer der »Anti-Terror-Operation« der Ukrainischen Armee im Donbass ein und gelangen an persönliche Daten von Soldaten und Freiwilligen.
20.11.2017	Nach einer Regelung in der Strafprozessordnung geht das Recht auf Initiierung eines Verfahrens unter anderem gegen ehemalige Präsidenten, hohe Staatsbedienstete, Abgeordnete sowie die Führung der Generalstaatsanwaltschaft und der Zentralbank von der Generalstaatsanwaltschaft auf das Staatliche Ermittlungsbüro über. Zuvor waren im Parlament nicht genügend Stimmen zusammengekommen, um ein Gesetzesprojekt auf die Tagesordnung zu setzen, mit dem der Übergang der Verantwortlichkeit auf den 1. Januar 2019 verschoben werden sollte. Das Staatliche Ermittlungsbüro ist zurzeit nicht in der Lage, seine Arbeit aufzunehmen, da sich die Vorbereitungen immer wieder verzögert haben. Am 16. November 2017 hatte die zuständige Kommission zwei Jahre nach der Gründung einen Direktor der Behörde gewählt.
20.11.2017	Ein Vertreter des belarussischen Inlandsgeheimdienstes KGB erklärt, der am 25. Oktober 2017 in Belarus festgenommene ukrainische Journalist Pawlo Scharojko habe in Belarus ein System von Informanten aufgebaut, mit dessen Hilfe er für den ukrainischen Staat spionierte. Gegen Scharojko sei ein Verfahren eingeleitet worden. Als Antwort entzieht das ukrainische Außenministerium einem belarussischen Diplomaten die Aufenthaltsgenehmigung.
21.11.2017	Die EU erweitert die Liste von hohen Beamten und juristischen Personen, gegen die sie in Zusammenhang mit der Annexion der Krim Sanktionen wie Einreiseperrnen und das Einfrieren von Vermögen erlassen hat, um eine Person. Es handelt sich um Dmitrij Owsjannikow, der am 10. September 2017 nach russischen Gesetzen auf der Krim zum Gouverneur gewählt worden war.

21.11.2017	Der Anführer der »Volksrepublik Luhansk« (»LNR«), Ihor Plotnizkyj, gibt am Abend eine Erklärung zu den Ereignissen des Tages in Luhansk ab. Er bestätigt, dass die bewaffneten Personen, die das Zentrum der Stadt umstellten hatten, auf Anweisung des »Innenministers« Ihor Kornet handelten. Plotnizkyj hatte Kornet am Tag zuvor entlassen, dieser habe sich auf diese Weise an der Macht halten wollen. Die Situation sei unter Kontrolle. Kornet verbarrikadiert sich unterdessen im Gebäude des »Innenministeriums« der »LNR« und erklärt, einige hohe Funktionäre der »Volksrepublik« seien Agenten ukrainischer Geheimdienste. Am Abend überqueren mehrere Militärfahrzeuge ungehindert die Grenze zwischen der »Volksrepublik Donezk« und der »LNR« in Richtung »LNR«.
22.11.2017	Nach Angaben des Mediums Voice of America bezieht die Ukraine bereits letale Waffen aus den USA. Der in dem Beitrag zitierte Chef der Rüstungsfirma AirTronic USA, Richard Vandiver, erklärt, die in die Ukraine verkauften Granatwerfer seien aufgrund geringer Reichweite ausschließlich für Verteidigungszwecke einsetzbar.
22.11.2017	Dmitrij Peskow, der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, erklärt, Russland mische sich nicht in den Konflikt zwischen dem Anführer der »Volksrepublik Luhansk«, Ihor Plotnizkyj, und dem von ihm kürzlich entlassenen »Innenminister« Ihor Kornet ein. Die OSZE-Beobachtermission bestätigt unterdessen, dass Soldaten weiterhin Teile des Stadtzentrums von Luhansk abriegeln. Am Abend kündigt Plotnizkyj in einer Fernsehansprache an, dass der Konflikt bald gelöst sein werde. Er weist außerdem Gerüchte zurück, nach denen er nach Russland ausgereist sei.
23.11.2017	Die OSZE-Beobachtermission meldet, dass sie am 21. und 22. November 2017 aus Sicherheitsgründen ihre Präsenz in Luhansk eingeschränkt habe. In den Hotels, wo ihre Mitarbeiter untergebracht gewesen seien, sei weder Fernsehen noch Radio zu empfangen gewesen. In Luhansk läuft ein offener Machtkampf zwischen dem Anführer der »Volksrepublik Luhansk«, Ihor Plotnizkyj, und dem ehemaligen »Innenminister« Ihor Kornet.
24.11.2017	Anna Solomatina, eine ehemalige hohe Beamtin der Nationalen Agentur zur Verhinderung von Korruption, veröffentlicht Chatprotokolle aus einer Kommunikation mit Oleksij Horaschtschenkow, einem Mitarbeiter der Präsidialverwaltung. Aus den Protokollen soll hervorgehen, dass die Präsidialverwaltung die Arbeit der rechtlich unabhängigen Behörde kontrolliere. Solomatina hatte entsprechende Vorwürfe bereits am 14. November 2017 erhoben und war daraufhin von ihrem Posten zurückgetreten. In der Präsidialverwaltung hatte man die Vorwürfe zurückgewiesen.
24.11.2017	Der Anführer der »Volksrepublik Luhansk«, Ihor Plotnizkyj, legt sein Amt nieder – nach eigenen Angaben aus gesundheitlichen Gründen. An seine Stelle rückt zunächst der »Sicherheitsminister« Leonid Pasetschik. Plotnizkyj wird zum Beauftragten für die Minsker Vereinbarungen ernannt.
25.11.2017	Präsident Petro Poroschenko schlägt vor, per Gesetz die Leugnung des Holocaust und des Holodomor zu verbieten.
26.11.2017	Die OSZE-Beobachtermission meldet, dass die Anzahl der Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen im Donbass in den vergangenen Tagen angestiegen sei.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>